

Editorial

Christian Berger, Christa Schlager und Michael Soder

Energie- und Klimakrise, Pandemie, Preissteigerungen, Knappheiten und Krieg in Europa. Multiple Krisen, die sich lokal abspielen, zeitgleich global auswirken und bei denen althergebrachte Mittel und Lösungen der Politik an ihre Grenzen stoßen oder nicht ausreichen, um sozialen Zusammenhalt, Teilhabe und positive Zukunftsaussichten zu erhalten. Die Kumulation disruptiver Entwicklungen bringt dabei Menschen, Institutionen und die internationale Diplomatie an ihre Grenzen und stellt, zumindest ein Stück weit, ideologische und ökonomische Fundamente der letzten Jahrzehnte zur Disposition. Die Krisen werden damit nicht nur eine Überlebensfrage des „neoliberalen“ Gesellschaftsmodells, sondern für die Demokratie, Wirtschaftsordnung und unsere Lebensgrundlagen.

Transformation aber wie: Design oder Disaster?

Wir befinden uns, wie der Titel dieser Ausgabe schon andeutet, „in Transformation“. In einem Entwicklungsstadium, indem das „Bestehende“ vollumfänglich zur Disposition gestellt wird und das „Neue“ noch nicht eindeutig erkennbar ist. Beide, sowohl das „Alte“ als auch das „Neue“ bestehen nebeneinander und beeinflussen sich wechselseitig. Die politischen und öffentlichen Debatten kristallisieren sich dabei rund um die Fragen was transformiert werden soll, welches Ausmaß der Transformation überhaupt notwendig ist, wie schnell dieser Prozess ablaufen und ob es überhaupt möglich ist diesen Prozess des Wandels zu steuern oder zumindest zu begleiten (Jacob et al. 2015).

Im Zuge der Diskussionen und Debatten herrscht oftmals terminologische Verwirrung vor und Schlüsselbegriffe werden austauschbar verwendet. Ebenso wird versucht ehemals funktionierende Konzepte einfach auf eine neue sich dynamisch verändernde Situation anzuwenden. Deutlich wird dies unter anderem in der Frage der Marktsteuerung oder notwendiger politischer Eingriffe. Rief in den 1989 Francis Fukuyama noch das „Ende der Geschichte“ aus, wird deutlich, dass die Notwendigkeit transformativer Veränderung zur Sicherung der Lebensgrundlagen und der Demokratie eindeutig den Gegenbeweis zu dieser These antritt. Während einige mit dem Ruf nach „mehr Markt“ versuchen neue entstandene Herausforderungen aus einem dysfunktional gewordenen System zu lösen, herrscht auf der anderen Seite oft ein Fehlen von einfach kommunizierbaren Visionen und Alternativen. Alternative Konzeptionen wie in der Doughnut Ökonomie (Raworth 2017), der Alltagsökonomie (Fraud 2022) oder einem neuen Verständnis der Rolle des Staates in der wirtschaftlichen Steuerung (Mazzucato 2021) mit ihren jeweiligen Konzeptionen und Transformationsstrategien werden bisweilen schon

politisch in Stellung gebracht, sind aber noch nicht in den breiten öffentlichen Diskurs vollumfänglich eingetreten. Die Frage wie transformative Veränderungen ablaufen (sollen), welche Rolle dabei dem Staat zufällt, wie der notwendige Wandel von produktiven Strukturen und reproduktiven Kapazitäten gesteuert werden kann und soll, ist somit eine der wichtigsten Streitthemen der beginnenden 20er Jahre des 21. Jahrhunderts geworden (Stirling 2014).

Auch in der wissenschaftlichen Literatur herrscht Uneinigkeit darüber wie sich die Transformation vollzieht. Ganz im Sinne des alten Disputs zwischen Reformist:innen und Revolutionär:innen argumentiert ein Strang in der Literatur dafür, dass die Summe allmählicher Veränderung zu einer umfassenden Transformation führen kann und ein Strang plädiert für eine substanzielle systemische Transformation die eine radikale Veränderung erfordert (Jacob et al. 2015). Klar ist, dass Phasen großer Veränderung immer auch mit großen Unsicherheiten auf systemischer wie auch persönlicher Ebene verbunden sind. In welche Richtung soll technologische Entwicklung weiter vorangetrieben werden? Welche Rolle spielt dabei der Staat und Mitbestimmung? Welche (Lebensperspektiven) für die persönliche und berufliche Zukunft ergeben sich daraus? All diese beispielhaften Fragen sind eng mit dem Prozess der Veränderung oder des Wandels verwoben und damit wird auch klar, dass der Wandel auch eine zutiefst persönliche und zugleich gesellschaftliche Frage darstellt. Sozioökonomische Einflussgrößen wie Einkommens- und Eigentumsituation, Geschlechterrollen, Alter, Bildung und Gesundheitszustand spielen daher eine zentrale Rolle für die Widerstandsfähigkeit von Menschen mit großen Veränderungen umzugehen. Sie sind es die die Möglichkeiten und Chancen maßgeblich mitbestimmen wie Betroffene auf die Auswirkungen des Wandels vorbereiten, umgehen, gestalten und sich mittel- und langfristig einstellen können (Alber 2014).

Jedenfalls müssen Entscheidungen im Umgang mit dem Strukturwandel unter großen Unsicherheiten über Ausmaß, Auswirkung und Konsequenz getroffen werden. Das gilt für den Fall des Wunsches der aktiven Gestaltung des Wandels als auch für jenen Wandel, der durch Krisenerscheinungen spontan herbeigeführt wird. Gilt der politische Anspruch eines „gerechten Übergangs“, welcher eine Verbindung der sozioökonomischen Entwicklung mit den Zielen der Stärkung von Mitbestimmung, Emanzipation und sozialer Teilhabe verknüpft muss ein Fokus auf bestimmte Orte und Personengruppen gerichtet werden. Denn Übergänge ersetzen oder verschmelzen das Bestehende mit dem Neuen, betreffen und reorganisieren jedoch nicht die gleichen Orte, Sektoren und Menschen im selben Ausmaß (Stavis & Felli 2020; Stevis 2015; Hennicke 2021). Unsicherheit und Veränderung, welche zu einer weiteren Segregation, Polarisierung und Verschärfung von Ungleichheit beitragen können zu gesellschaftlichen Kosten sowie zu sozialen Leid führen. Als Reaktion darauf muss eine aktive und präventive Gestaltung des Strukturwandels in den Fokus rücken, um politische Stabilität und soziale Kohäsion zu gewährleisten.

Eine sozial gerechte Transformation oder ein „gerechter Übergang“ verlangt daher mehr als das Setzen auf rein technologische Lösungen. Sie muss den Menschen mit seinen sozialen Beziehungen, Befindlichkeiten, Motivationslagen und auch Widersprüchlich-

keiten in den Fokus nehmen (Alber 2014) und eine enge Verknüpfung zwischen sozialen Fragen und ökologischer und technischer Dimension herstellen. Damit einhergehend verbunden ist auch die Entwicklung neuer Identitäten und Zielvorstellungen (vgl. Uzzel/Räthzel 2011). Wohlstand muss breiter als rein materieller Durchfluss von Ressourcen definiert und gemessen werden und soziale Kriterien als Zielgrößen im Wandel herangezogen werden. Nach Boyce braucht es auch eine Neudefinition der Beziehung nicht nur zwischen Menschen und Umwelt, sondern auch zwischen Menschen selbst. Die soziale Frage ist nur gemeinsam mit der ökologischen Frage zu lösen. Verteilung, Ungleichheit und Umwelt sind nicht unabhängig, sondern gemeinsam zu denken. Die Daseinsvorsorge und Care-Arbeit, das was modernes Leben und gesellschaftliche Teilhabe überhaupt erst ermöglicht, sind als zentrales alltagsökonomisches Fundament im Strukturwandel ins Zentrum der politischen Anstrengungen zu stellen. Dieses Fundament ermöglicht es die gesellschaftliche Resilienzfähigkeit zu stärken und damit individuelle Kapazitäten zu schaffen mit dem Wandel umgehen und ihn gestalten zu können. Dabei wird eine gesamtwirtschaftliche Neuausrichtung Voraussetzung sein „Sorge um andere und das Lebendige als leitendes Prinzip“ (Michalitsch 2020:182) zu verankern. Erst dann wird es gelingen die aus der hierarchischen Spaltung von Männlichkeit und Weiblichkeit, Öffentlichkeit und Privatheit, Produktion und Reproduktion resultierende Ungleichheit perspektivisch zu beseitigen und so die Widerstandsfähigkeit gegenüber großen Veränderungen zu stärken.

Eine neue Ethik des Gemeinwohls und ein moderner Wohlfahrtsstaat als Grundlage der sozial gerechten Transformation

Anstelle des neoliberalen Mantras von Wettbewerb, Konkurrenz, Individualisierung und Monetarisierung braucht an ihrer Stelle eine neue „Ethik des Gemeinwohls“ (Sandel 2020). Das Ausblenden der systemischen Ursachen von Geschlechterhierarchien, Ungleichheit, Armut und Umweltzerstörung tragen in ihrer Konsequenz zu einer Befuerung des populistischen Protests bei. Angelehnt an Polanyi (1944) braucht es daher von fortschrittlicher Seite einen offensiveren Kampf um die Neuverhandlung der Verhältnisse zwischen Menschen, Markt, Gesellschaft und Natur. Gerechtigkeitsfragen und Fragen der Schaffung von Möglichkeiten der gesellschaftlichen Teilhabe für Alle müssen gerade in der Transformation verstärkt politisch verhandelt werden. Kooperation und Solidarität national wie global müssen in Anbetracht des Ausmaßes großer Veränderungsprozesse gestärkt werden, um die aktuellen globalen Herausforderungen mit ihren spezifischen lokalen und regionalen Auswirkungen zu adressieren. Anstelle der langen Zeit durch Wettbewerb und Konkurrenzdenken kultivierten und auf individuellen Nutzen maximierenden getrimmten Individuums muss ein gemeinwohlorientiertes Menschenbild treten, dessen sich seiner Verantwortung gegenüber sich, seinen Mitmenschen aber auch der Natur viel stärker als bisher bewusst ist (Boyce 2007).

Ein solcher Perspektivenwechsel kann zu einem Revival und zu einer Weiterentwicklung des Wohlfahrtsstaates führen. Gerade in Phasen großer Unsicherheit und Veränderung kann der Wohlfahrtsstaat dazu beitragen Perspektiven zu erhalten und große Lebens-

risiken zu reduzieren. Dies kann dazu beitragen, dass die Resilienz der Menschen in der Veränderung gestärkt wird, indem Armut bekämpft, Perspektiven entwickelt und Infrastrukturen bereitgestellt werden. Ein sozial-ökologisch orientierter Wohlfahrtsstaat kann auch unterstützen die notwendigen sozial-ökologischen Infrastrukturen herzustellen, die für eine digitale und dekarbonisierten Zukunft notwendig sind (Novy 2014).

Zu den Heftbeiträgen:

Andreas Novy wirft in seinem Beitrag Licht auf die politische Ökonomie der Transformation unter den Vorzeichen der aktuellen Entwicklungen, verhandelt die Fragen von Bewegung und Gegenbewegung im politischen Kontext der Transformation und entwirft daraus Schlaglichter auf potenzielle Strategien für ein zukunftsfähiges Wirtschaften. **Michael Soder und Christa Schlager** diskutieren in ihren Beitrag die Entwicklung von Übergangspfaden für wichtige industrielle Ökosysteme der Europäischen Union und die sich in den Strategien der Europäischen Kommission befindlichen Leerstellen bezüglich der sozialen und sozioökonomischen Dimension des Wandels. **Clara Anzengruber und Raphael Kaufmann** beleuchten in ihrem Beitrag den technischemarktzentrierten Zugang der Europäischen Union des Green Deals als Wachstumsstrategie anhand des Beispiels Wasserstoff und reflektieren diesen Zugang kritisch. **Christian Berger, Nina-Sophie Fritsch und Katharina Mader** befassen sich in ihrem Beitrag mit der Transformation und Krise der Sorgearbeit. Diese Krise betrifft die institutionalisierte Sorgearbeit in Pflege- oder Betreuungsberufen genauso wie die unentgeltlich geleistete Care-Arbeit (meist von Frauen) in privaten Haushalten. Dabei werden die historischen Entwicklungen nachvollzogen aus denen die gegenwärtige Teilung in eine öffentliche (bezahlte) und private (unbezahlte) Sphäre unter konstanter Aneignung und strukturelle Abwertung weiblicher Arbeitskraft resultiert. Beide Sphären befinden sich derzeit in spezifischen, oft unsichtbaren Transformationen. Der Österreichische **Gewerkschaftsbund** (ÖGB) als zentraler Akteur in der politischen Ökonomie Österreichs verfolgt in seiner Strategie und Positionierung gegenüber dem Wandel den Ansatz den sozialen Ausgleich im Wandel „Just Transition“. Nach einem kurzen einleitenden Vorwort werden die Positionen einer sozial gerechten Transformation dargestellt.

Die **aktuelle Debatte „Rückkehr der Inflation – Ungleiche Betroffenheit“** beschäftigt sich mit der aktuellen Inflationsdynamik und ihren Auswirkungen. Durch die Energiekrise, Wohnkosten und Engpässen entlang der Lieferketten getriebene Inflationsraten können zu deutlichen realen Einkommensverlusten für einen großen Teil der Bevölkerung und damit einhergehend zu weiteren politischen Spannungen folgend auf die bereits angespannte Situation in Folge der Pandemie führen. Zusätzlich zeigen die Sommerprognosen der großen Wirtschaftsforschungsinstitute die Erwartung einer deutlichen Dämpfung der Konjunktur für das kommende Jahr. Zur Gefahr der anhaltend hohen Inflation gesellt sich die Herausforderung einer möglichen wirtschaftlichen Stagnation. **Andreas Huber** zeigt in seinem Debattenbeitrag, dass Haushalte mit niedrigem Einkommen tendenziell stärker von der Entwicklung der Preise betroffen sind und thematisiert damit auch die mit der aktuellen Entwicklung verknüpften verteilungs-

politischen Herausforderungen. Daran schließt auch der Beitrag von **Markus Marterbauer** an. Er verdeutlicht in seinem Artikel, dass nur eine direkte Sicherung der Kaufkraft des unteren Einkommensdrittels eine Überwindung der sozialen Effekte der Pandemie und der steigenden Armutsgefährdung entgegenwirken kann.

Literatur

- Alber, G. (2014). Die sozialen Dimensionen von Klimawandel und Klimapolitik. Genossenschaften und Klimaschutz. Springer VS, Wiesbaden, S. 109–133.
- Boyce, J. K. (2007). Is inequality bad for the environment? In *Equity and the Environment*. Emerald Group Publishing Limited.
- Froud, J. (2022). *Foundational economy: the infrastructure of everyday life*. Manchester University Press.
- Jacob, K., Bär, H., & Graaf, L. (2015): Was sind Transformationen? Begriffliche und theoretische Grundlagen zur Analyse von gesellschaftlichen Transformationen, Texte Nr. 58, Umweltbundesamt.
- Hennicke, M. (2021): Präventive Strukturpolitik und regionale Transformationsprozesse. Ein Diskussionspapier zum Stand in Wissenschaft und Praxis
- Gärtner, S. (2014): Den Pfadwandel einleiten: Von den Dilemmata präventiver Strukturpolitik, 10/2014, *Forschung Aktuell*.
- Mazzucato, M. (2021). *Mission economy: A moonshot guide to changing capitalism*. Penguin UK.
- Michalitsch, G. (2020): Quote oder Revolution. In: Baran-Szoltys, M./Berger, Christian (Hrsg.), *Über Forderungen. Wie feministischer Aktivismus gelingt*. Kremayr & Scheriau, Wien, S. 176–182.
- Novy, A. (2014): Die Große Transformation gestalten-Implicationen für Europa. *Kurswechsel*, (2), 31–41.
- Polanyi, K. (1944). *The Great Transformation* Beacon Press. Boston MA.
- Raworth, K. (2017): *Doughnut economics: seven ways to think like a 21st-century economist*. Chelsea Green Publishing.
- Räthzel, N., Uzzell, D. (2011): Trade unions and climate change: The jobs versus environment dilemma, *Global Environmental Change*, 21(4), 1215–1223.
- Sandel, M. J. (2020). *The tyranny of merit: What's become of the common good?* Penguin UK.
- Stavis, D., Felli, R. (2020). Planetary just transition? How inclusive and how just? *Earth System Governance*, 6, 100065.
- Stavis, D., Felli, R. (2015). Global labour unions and just transition to a green economy. *International Environmental Agreements: Politics, Law and Economics*, 15(1), 29–43.